

EINGEGANGEN
3 0. Nov. 2023



Jochen Ott MdL Fraktionsvorsitzender

Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

T 0211.884-22 25 F 0211.884-20 56 jochen.ott@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

29.11.2023

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn Bürgermeister Mario Dahm Stadt Hennef Postfach 1562 53762 Hennef

Resolution zur Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Herr Bürgermeister Dahm, lieber Mario,

vielen Dank für die Übersendung der Resolution des Rats der Stadt Hennef.

Die Anliegen der Resolution teilen meine Fraktion und ich. Sowohl der Brandbrief der 355 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an den Ministerpräsidenten, eine Vielzahl an darüber hinausgehenden Hilferufen aus Städten, Gemeinden und Kreisen als auch unzählige Resolutionen aus kommunalen Vertretungskörperschaften (so nicht zuletzt aus dem Rhein-Sieg-Kreis) zeichnen ein zutreffend düsteres Bild der kommunalen Finanzlage. Hierin ist eine schier unüberwindbare Herausforderung für die Kommunen zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger zu erkennen.

Die Kommunen sind – das haben gerade die vergangenen krisenhaften Situationen gezeigt – Garanten für das Funktionieren von staatlichen Aufgaben. Insofern kann es nicht akzeptiert werden, wenn Städte und Gemeinden in dauerhafte Schieflage geraten.

Wir sind der Auffassung, dass haushaltsrechtliche Maßnahmen lediglich kosmetische Hilfen sein können. Wie die Möglichkeit der Bilanzierungshilfe nach dem NKF-CIG bzw. CUIG handelt es sich auch bei den nunmehr von der Landesregierung vorgeschlagenen Veränderungen im kommunalen Haushaltsrecht nur um Tricksereien. Diese helfen lediglich dabei, die kommunalen Haushalte auf dem Papier über eine Zeit – vermutlich die Kommunalwahl im Jahr 2025 – zu retten. Die substanziellen Probleme werden dadurch nicht angegangen, geschweige denn gelöst. Die Veränderungen sind darüber hinaus dazu





geeignet, die Idee des NKF konzeptionell zu verwässern und die Problemlage der Kommunen zu verschleiern.

So schlummern in den kommunalen Bilanzen laut einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage meiner Fraktion hochgerechnet zwischen sechs und zehn Milliarden Euro "isolierter" Finanzschäden über das NKF-CIG/CUIG (vgl. Drucksache 18/6400). Diese Finanzschäden sind jedoch real und werden sich in vielen Kommunen in hohen Abschreibungen niederschlagen. Es ist davon auszugehen, dass diese "isolierten" Finanzschäden die strukturellen Benachteiligungen finanzkraftschwächerer Kommunen weiter verstärken.

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion braucht es echte, zusätzliche Finanzmittel, die unsere Kommunen in die Lage versetzen, die Aufgaben, die ihnen von Land und Bund übertragen werden, vernünftig und im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger zu erledigen.

Dies aufgreifend, sieht die SPD-Landtagsfraktion dringenden Handlungsbedarf und hat im Landtag dazu drei Kernpunkte für eine Verbesserung der kommunalen Finanzlage vorgeschlagen. So sprechen wir uns für eine Erhöhung des kommunalen Anteils an den Verbundsteuern (Verbundsatz) von derzeit 23 auf zunächst 24 Prozent aus. Eine Evaluation und Konsolidierung der Landesförderprogramme soll mit dem Ziel erfolgen, Mittel für eine weitere Erhöhung des Verbundsatzes auf dann 25 Prozent zu generieren. Aus unserer Sicht braucht es weiter eine weiterentwickelte Neuauflage des Stärkungspaktes Stadtfinanzen für besonders von strukturellen Herausforderungen betroffenen Kommunen. Darüber hinaus sehen wir die dringende Notwendigkeit einer Landeslösung für die kommunalen Kassenkredite. NRW ist das letzte Bundesland mit besonders hoch mit Kassenkrediten verschuldeten Kommunen, das keine Lösung umgesetzt hat. Wir sehen auch die Verantwortung des Bundes bei dieser Frage und setzen uns auf allen Ebenen für eine Bundesbeteiligung ein. Die hierfür notwendige Grundgesetzänderung macht jedoch eine Zustimmung insbesondere von der Fraktion von CDU/CSU sowie von zwei Dritteln der Bundesländer nötig.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Ott